

14883/AB
vom 14.08.2023 zu 15354/J (XXVII. GP)
bmi.gv.at

 Bundesministerium
Inneres

Mag. Gerhard Karner
Bundesminister

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2023-0.506.387

Wien, am 11. August 2023

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordnete zum Nationalrat Petra Steger hat am 14. Juni 2023 unter der Nr. **15354/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Abstimmungsverhalten auf EU-Ebene“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 12 bis 18:

- *An welchen Sitzungen des Rates der Europäischen Union haben Sie bzw. Ihr Vorgänger im Ressort im Verlauf der XXVII. Gesetzgebungsperiode teilgenommen?*
- *An welchen Sitzungen des Rates der Europäischen Union - welche Ihre Fachbereiche betroffen haben - haben Sie bzw. Ihr Vorgänger im Ressort nicht teilgenommen?*
- *Aus welchen Gründen jeweils?*
- *Haben Sie bzw. Ihr Vorgänger im Ressort sich bei diesen Sitzungen vertreten lassen?*
- *Wenn ja, von wem jeweils?*
- *Haben Sie bzw. Ihr Vorgänger im Ressort bei den die Gesetzgebung betreffenden Tätigkeiten das Stimmrecht übertragen?*
- *Wenn ja, an wen jeweils?*
- *Wenn ja, wie haben Sie bzw. Ihr Vorgänger im Ressort bei den die Gesetzgebung betreffenden Tätigkeiten im Rahmen dieser Sitzungen votieren lassen?*

Ich habe an allen Tagungen des Rates „Justiz und Inneres“ mit einer Ausnahme teilgenommen. Aufgrund meines Amtsantrittes am 6. Dezember 2021 und der damit verbundenen Notwendigkeit meiner Anwesenheit im Inland, war Österreich bei der Tagung des Rates „Justiz und Inneres“ von 9. bis 10. Dezember 2021 durch den Ständigen Vertreter Österreichs bei der Europäischen Union vertreten.

Mein Amtsvorgänger Karl Nehammer hat mit Ausnahme von zwei Räten ebenfalls an allen Sitzungen des Rates der Europäischen Union „Justiz und Inneres“ teilgenommen. Aufgrund seiner dringenden Verpflichtungen in Österreich im Zusammenhang mit der COVID-19 Pandemie war Österreich bei der Tagung des Rates „Justiz und Inneres“ in der Formation der Innenministerinnen und Innenminister am 13. März 2020 durch den Ständigen Vertreter Österreichs bei der Europäischen Union vertreten. Bei der Tagung des Rates „Justiz und Inneres“ von 7. bis 8. Oktober 2021 wurde Österreich ebenfalls durch den Ständigen Vertreter Österreichs bei der Europäischen Union vertreten. Eine Übertragung des Stimmrechts hat nicht stattgefunden, da Österreich als Mitgliedstaat bei allen Tagungen des Rates Justiz und Inneres vertreten und stimmberechtigt war.

Zu den Fragen 2 bis 8 und 10 und 11:

- *Wie haben Sie bzw. Ihr Vorgänger im Ressort bei den die Gesetzgebung betreffenden Tätigkeiten im Rahmen dieser Sitzungen jeweils abgestimmt? (Bitte um tabellarische Aufstellung all dieser Tätigkeiten, deren genauer Bezeichnung, des Datums der jeweiligen Sitzung sowie des Abstimmungsverhaltens Österreichs und aller anderen EU-Mitgliedstaaten)*
- *Wie haben Sie bzw. Ihr Vorgänger im Ressort eine Zustimmung bzw. Ablehnung jeweils konkret begründet?*
- *Welche konkreten Änderungsvorschläge im Sinne der Interessen Österreichs haben Sie bzw. Ihr Vorgänger im Ressort in der jeweiligen Sitzung hinsichtlich der die Gesetzgebung betreffenden Tätigkeiten jeweils eingebracht?*
- *Mit welchen konkreten Änderungsvorschlägen konnte sich Österreich hierbei jeweils durchsetzen?*
- *Aus welchen Gründen konnte sich Österreich im jeweiligen Fall nicht durchsetzen?*
- *In welchen konkreten Fällen haben Sie bzw. Ihr Vorgänger im Ressort einer Vorlage zugestimmt, obwohl die von Österreich gemachten Vorschläge keine Berücksichtigung fanden?*
- *Aus welchen Gründen erfolgte in Fällen, in denen sich Österreich mit seinen Vorschlägen nicht durchsetzen konnte, dann dennoch eine Zustimmung?*
- *Inwiefern ist Ihr Abstimmungsverhalten bezüglich der die Gesetzgebung betreffenden Tätigkeiten für die Bürger Österreichs transparent einsehbar?*

- *Wo ist das jeweilige Abstimmungsverhalten für die Bürger Österreichs konkret aufzufinden?*

Die Teilnahme der österreichischen Bundesministerinnen und Bundesminister an den jeweiligen Räten und deren Abstimmungsverhalten erfolgt entsprechend der überwiegenden/federführenden Zuständigkeiten nach dem Bundesministeriengesetz 1986 in der geltenden Fassung. Die Ergebnisse der Ratssitzungen sind zum überwiegenden Teil öffentlich und unter nachstehenden Links ersichtlich:

Transparenz und Zugang zu Dokumenten - Consilium (europa.eu)

<https://www.consilium.europa.eu/de/general-secretariat/corporate-policies/transparency/>

Ergebnisse der öffentlichen Abstimmungen - Consilium (europa.eu)

<https://www.consilium.europa.eu/de/documents-publications/public-register/votes/>

Sitzungskalender - Consilium (europa.eu) (inkl. Teilnehmerlisten)

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/calendar/?Category=meeting&Page=1&dateRange=&dateFrom=&dateTo=2023%2F06%2F19>

Darüber hinaus werden die Berichte über alle Tagungen des Europäischen Rates sowie der Ratstagungen dem Parlament übermittelt.

Grundsätzlich gibt es auch zu allen Räten Ministerratsvorträge als Bericht zum Rat, die auf der Homepage des Bundeskanzleramts eingesehen werden können. Zudem übermittle ich jährlich einen Parlamentsbericht zu den jeweiligen EU-Gesetzgebungsvorschlägen, in dem die Positionen Österreichs dargelegt wird.

Ich ersuche um Verständnis, dass einzelne Ergebnisse des Abstimmungsverhaltens in einer entsprechenden tabellarischen Aufstellung nicht im Detail ausgeführt werden können, da dies mit einem unverhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwand verbunden ist, der im Hinblick auf die Grundsätze der Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Verwaltung nicht vertretbar ist.

Zur Frage 9:

- *In welchen Fällen war als Beschlussfordernis Einstimmigkeit, qualifizierte oder einfache Mehrheit erforderlich?*

Im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union wird geregelt, welches Gesetzgebungsverfahren Anwendung findet.

Gerhard Karner

